

CHECK

# AfD-geprägte Hochschulpolitik in Sachsen-Anhalt

Zurück zur „Herrlichkeit der alten  
deutschen Ordinarien-Universität“?

# Inhaltsverzeichnis

---

1. Einleitung und methodisches Vorgehen	3
2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen	5
3. Ergebnis und Zusammenfassung	17
4. Welche praktischen Folgen hat das für ... ?	19
5. Schlussfolgerungen und Ausblick	22
Weiterführende Informationen	24
Über das CHE und Impressum	25
Quellen	26

# 1. Einleitung und methodisches Vorgehen

---

In den vergangenen Jahren hat sich die politische Landschaft in Deutschland spürbar verändert. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat sich eine rechtspopulistische Partei etabliert, die in einzelnen Bundesländern realistische Chancen hat, demokratisch legitimierte Gestaltungsmacht zu erhalten.

Unter anderem in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik vertritt die AfD Positionen, die sich in zentralen Punkten vom existierenden Grundkonsens in der politischen Mitte unterscheiden. Dazu gehört insbesondere die bedeutende Frage, welchen Stellenwert Hochschulautonomie, Wissenschaftsfreiheit und Selbststeuerung im deutschen Wissenschaftssystem haben sollte.

Für Hochschulen stellt sich die Frage, welche Wirkung diese mögliche politische Verschiebung hätte. Deswegen ist es lohnenswert, die zu erwartenden Folgen auf Lehre, Forschung und Transfer sowie für das Hochschulmanagement genau zu analysieren. Universitäten und HAW tun gut daran, praktische Vorsorge zu betreiben.

## Fallbeispiel Sachsen-Anhalt

Die folgende Auseinandersetzung mit einer AfD-geprägten Hochschulpolitik konzentriert sich auf Sachsen-Anhalt. Das Land eignet sich aus zwei Gründen als Fallbeispiel:

- In aktuellen Umfragen zur Landtagswahl im September 2026 wird die AfD als starke, zumeist führende Kraft gesehen.<sup>1</sup> Eine künftige politische Gestaltungsmacht liegt damit durchaus im Bereich des Möglichen.
- Zugleich liegt für das Land Sachsen-Anhalt mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen und Dokumenten der Landtagsfraktion der AfD bzw. mit einem kürzlich verabschiedeten Regierungsprogramm des Landesverbandes eine im Vergleich zu anderen Ländern breite und ergiebige Quellengrundlage vor.

Auf Basis der öffentlich zugänglichen Dokumente lässt sich begründet ableiten, in welche Richtung sich die Hochschulpolitik unter einer AfD-geführten Landesregierung entwickeln würde. Bundesweite Schlussfolgerungen lassen sich daraus aber nur begrenzt ziehen: Die AfD vertritt in hochschulpolitischen Fragen nicht in allen Landesverbänden eine einheitliche Linie.

# 1. Einleitung und methodisches Vorgehen

---

## Ansatz und Methodik

Der CHECK basiert auf zwei Grundlagen: Einerseits einer Auswertung parlamentarischer Dokumente der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt aus der 8. Legislaturperiode (Zeitraum September 2022 bis April 2026). Berücksichtigt wurden insbesondere Anträge, Plenarprotokolle und weitere Dokumente mit Bezug zu Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und angrenzenden Themenfeldern. Andererseits wurden hochschul- und wissenschaftsbezogene Passagen des Mitte April 2026 auf dem Parteitag der AfD in Magdeburg beschlossenen Regierungsprogramms analysiert.

Die Dokumente wurden inhaltsanalytisch ausgewertet, um wiederkehrende Themen, zentrale Forderungen und politische Zielrichtungen zu identifizieren. Auf dieser Grundlage wird komprimiert skizziert, welche Auswirkungen eine Umsetzung dieser Positionen für die Hochschulen des Landes haben könnte.

Der CHECK beansprucht dabei keine vollständige Darstellung aller hochschul- und wissenschaftspolitischen Positionen der AfD im Landesverband Sachsen-Anhalt.

Berücksichtigt werden primär solche Forderungen und Aussagen, die aus Sicht des CHE potenziell einschränkende Auswirkungen auf die Hochschulautonomie, Wissenschaftsfreiheit und institutionelle Handlungsfähigkeit haben. Weitere Positionen der Partei bleiben deshalb in dieser Analyse unberücksichtigt.

Der CHECK versteht sich nicht als Prognose, sondern als szenariobasierte Folgenabschätzung. Er fragt danach, welche Konsequenzen entstehen könnten, wenn zentrale hochschulpolitische Positionen einer politisch einflussreichen Partei tatsächlich in Reinform (d. h. etwa ohne Kompromisse bei Koalitionsverhandlungen) in Regierungshandeln oder politische Praxis übersetzt würden.

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen der AfD

---

Das im April 2026 beschlossene Regierungsprogramm des AfD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt enthält die pointierte Ankündigung, „die deutsche Wissenschaft zu ihrer alten Größe zurückführen“<sup>2</sup> zu wollen – eine Formulierung, die eine Abgrenzung von der sogenannten „68er-Bewegung“ zeigen soll. Der Wunsch, Hochschulen zurückzuführen zur „Herrlichkeit der alten deutschen Ordinarien-Universität“<sup>3</sup> rekurriert auf eine idealisierte Wissenschaftswelt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Zudem setzt die AfD in Sachsen-Anhalt auf eine stärkere politische Steuerung der Hochschulen, die mit Eingriffen in die Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie verbunden ist.

Was bedeutet das konkret? Wie tiefgreifend wären die angestrebten Veränderungen – und was für Folgen hätten diese? Im Folgenden werden zentrale hochschulpolitische Zielvorstellungen des AfD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt aggregiert dargestellt, mit Quellen belegt sowie kurz eingeordnet.

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

### 2.1 Professoral-hierarchische Ordinarien-Universität statt partizipativer Hochschulgovernance

**Zielvorstellung der AfD:** Nach Ansicht der AfD Sachsen-Anhalt sind die heutigen Hochschulstrukturen von „*wissenschaftsfernen, pseudodemokratischen Ansprüchen*“ geprägt. Sie zwingen Hochschulen dazu, „*viel Zeit in einen sinnlosen Vertretungsgremienzirkus*“ zu stecken.<sup>4</sup> Die Idee der Gruppenuniversität und die Mitwirkung nichtprofessoraler Statusgruppen sei schädlich und mitverantwortlich für den „*Niedergang unseres Bildungswesens*“.<sup>5</sup> Bestehende Gremienstrukturen würden zusätzliche Bürokratie erzeugen und einer kleinen, politisch aktiven Minderheit unverhältnismäßigen Einfluss verschaffen. Mit Begriffen wie „*Cancel Culture*“, „*Wokeness*“, „*ausufernder Universitätsbürokratie*“ und „*Postkolonialismus-Affentanz*“ werden gegenwärtige hochschulpolitische und wissenschaftskulturelle Entwicklungen zurückgewiesen und als Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit dargestellt.<sup>6</sup>

Die AfD fordert eine „*Universitätsreform*“, welche die Professor\*innenschaft stärken und gremienbasierte Mitbestimmung, insbesondere studentische, zurückdrängen soll.<sup>7</sup> Als positives Gegenbild fordert sie die „*alte deutsche Ordinarien-Universität*“ ein, welche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter anderem „*einen Martin Heidegger, einen Ferdinand Sauerbruch*“ hervorgebracht hätten.<sup>8</sup> Dieses skizzierte Ideal richtet sich ausdrücklich gegen die Entwicklungen „*seit 1968*“.

„Hochschulautonomie ist heutzutage doch nichts anderes als der Begriff dafür, dass die Hochschulen ihre geistige und finanzielle Misere selbst verwalten dürfen und getrieben von wissenschaftsfernen, pseudodemokratischen Ansprüchen viel Zeit in einen sinnlosen Vertretungsgremienzirkus stecken müssen, Zeit, die dann für Forschung und Lehre fehlt.“ - Hans-Thomas Tillschneider (AfD), Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/88 (13.05.2025), S. 215

„Wir werden die Herrlichkeit der alten deutschen Ordinarien-Universität wiederherstellen, dass es eine Freude ist. [...] Wir werden alles abschaffen, was unsere Universitäten seit 1968 verhunzt hat. Wir werden die Zustände wiederherstellen, die einen Otto Hahn, einen Werner Heisenberg, einen Martin Heidegger, einen Ferdinand Sauerbruch hervorgebracht haben.“ - Hans-Thomas Tillschneider (AfD), Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/88 (13.05.2025), S. 215

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

---



**Einordnung:** Die Forderung der AfD zielt auf die Wiederherstellung einer stärker hierarchisch und professoral geprägten Hochschulgovernance. Aktuelles Hochschulmanagement kombiniert demgegenüber bewusst entscheidungs- und strategiefähige Präsidien bzw. Rektorate mit interner Partizipation, also der Einbeziehung vielfältiger Perspektiven, insbesondere im Senat, und externer Expertise, etwa durch Hochschulräte. Dieses Zusammenspiel von Leitungsfähigkeit, Beteiligung sowie Beratungs- und Kontrollmechanismen würde durch die Vorstellungen der AfD zugunsten weniger pluraler, autoritärer Leitungs- und Entscheidungsstrukturen verändert. Unter dem Anspruch, Wissenschaft von politischen Einflüssen zu befreien, würde sich damit vor allem die Frage verschieben, wer innerhalb der Hochschule über prägende Deutungshoheit und Entscheidungsgewalt verfügt.

Unklar bleibt, ob die AfD dabei eher entsprechend des historischen Vorbildes die einzelnen Lehrstühle zu Gunsten der Profilierung der Gesamteinstitution stärken will, oder ob sie zugleich auf eine stark dominierende Hochschulleitung abzielt, die Heidegger und Sauerbruch aufgrund der damals dominierenden Rolle des Staates nicht/kaum erlebt haben dürften. In beiden Fällen würde eine Umsetzung der AfD-Vorstellungen die Mitsprache von Studierenden, nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen und akademischem Mittelbau verringern. Sie würde die Abhängigkeit von einzelnen Lehrstühlen und Professor\*innen erhöhen, bei Berufungen, Curricula und Ressourcenverteilungen institutionelle Korrektive ausschalten und stünde im Widerspruch zu einer Wissenschaft, die junge Forschende früh in Verantwortung bringt. Das Ergebnis wäre daher nicht mehr Wissenschaftsfreiheit, sondern vor allem mehr Hierarchie, weniger ausgewogene Entscheidungen, eine stärkere Machtkonzentration bei Einzelnen und unattraktivere Arbeits- und Karrierebedingungen.

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

---

### 2.2 Bestandssicherung statt Profilbildung durch moderne Steuerungsinstrumente

**Zielvorstellung der AfD:** Die AfD Sachsen-Anhalt tritt für eine Abschaffung jener Steuerungsinstrumente ein, die sich seit den 1990er Jahren im deutschen Hochschulsystem bewährt haben. Dies wird sloganartig in den Schlagworten „Weg mit den Zielvereinbarungen! Weg mit der Budgetierung! Weg mit dem Drittmittelzirkus!“ verdichtet. An die Stelle dieser Instrumente soll eine „langfristige Bestandssicherung für einen reichhaltigen Fächerkanon“ treten, verbunden mit „einer Politik, die sich aus der Wissenschaft heraushält“.<sup>9</sup>

Gefordert wird also die Abschaffung zentraler Instrumente der leistungs- und wettbewerbsorientierten Hochschulsteuerung zugunsten einer langfristig gesicherten Grundfinanzierung, kombiniert mit einer stärkeren institutionellen Unabhängigkeit der Wissenschaft gegenüber politischer Einflussnahme.

*„Die deutsche Universität ist in den letzten drei Jahrzehnten systematisch kaputtgespart worden. Unsere Universitäten sind mittlerweile dermaßen unterfinanziert, dass sie, um den letzten Rest zu retten, jede Zielvereinbarung schlucken, die ihnen von den Landesregierungen diktiert wird, und alles tun, um an die begehrten Drittmittel zu kommen. Genau das ist der Zweck hinter der Sparpolitik. So werden Forschung und Lehre nämlich kontrollierbar, ohne direkten Zwang auszuüben.“ - Hans-Thomas Tillschneider (AfD), Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/25 (07.09.2022), S. 172*

*„Weg mit den Zielvereinbarungen! Weg mit der Budgetierung! Weg mit dem Drittmittelzirkus! Langfristige Bestandssicherung für einen reichhaltigen Fächerkanon und eine Politik, die sich aus der Wissenschaft heraushält!“ - Hans-Thomas Tillschneider (AfD), Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/25 (07.09.2022), S. 172*



## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

---



**Einordnung:** Eine bedingungslose staatliche Dauerfinanzierung ohne variable oder wettbewerbliche Elemente mag auf den ersten Blick verlockend klingen, würde bei näherer Betrachtung jedoch Anreize für externe Kooperationen, strategische Weiterentwicklung und profilbildende Entscheidungen schwächen. Grundfinanzierung, leistungsorientierte Mittelvergabe und Zielvereinbarungen erfüllen im Hochschulsystem unterschiedliche Funktionen:

- Die Grundfinanzierung schafft Planungssicherheit und ist die Basis für alle weiteren Finanzierungsbausteine.
- Leistungsorientierte Mittelvergabe setzt Anreize für ergebnisbezogenen Output. Ein Finanzierungsmodell, das etwa Studierendenzahlen nicht berücksichtigt, würde Unterschiede zwischen den Hochschulen ausblenden. Hochschulen, die besonders viele Studierende gewinnen, würden dadurch nicht belohnt.
- Zielvereinbarungen können, insbesondere wenn sie finanziell unterlegt sind, strategische Vorhaben und Innovationen unterstützen.
- Zweit- und Drittmittel schaffen und erweitern Handlungsspielräume. Sie fördern und ermöglichen projektbezogene Forschung und Kooperationen, unter anderem mit außerwissenschaftlichen Partnern. Drittmittel (z. B. Zusatzfinanzierung des Bundes) haben die Grundfinanzierung nicht verdrängt, sie sind zusätzlich hinzugekommen.

Der von der AfD angestrebte Systemwechsel würde wegführen von Wettbewerb, Ergebnisorientierung und Innovationsförderung hin zu einer bedingungslos verstetigten Bestandsfinanzierung. Das würde Weiterentwicklung, Schwerpunktsetzung und Profilbildung der Hochschulen des Landes behindern. Das Hochschulsystem des Landes wäre damit weniger dynamisch und innovativ.

Dass die AfD einerseits eine Beschränkung auf den Finanzierungsbaustein der Grundfinanzierung fordert, andererseits aber als Ziel ausgibt, dass die Politik sich „aus der Wissenschaft heraushält“, ist in der Praxis widersprüchlich. Öffentliche Mittel bedürfen eines Kontrollmechanismus. Eine dann vermutlich erfolgende Rückkehr zu einer kameralistischen Logik würde die Freiheit der Hochschule viel kleinteiliger einschränken als mit den derzeit praktizierten Steuerungsinstrumenten, die mit einem Globalhaushalt verbunden sind.

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

### 2.3 Verdrängung missliebiger Inhalte statt Fächervielfalt

**Zielvorstellung der AfD:** Die AfD Sachsen-Anhalt bewertet bestimmte geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer – insbesondere Gender Studies, postkoloniale Ansätze, Teile der Soziologie und Politikwissenschaft sowie Islamwissenschaften und Klimaforschung – als ideologisch geprägt und wissenschaftlich minderwertig. Aus ihrer Sicht seien diese Fächer nicht ergebnisoffen, sondern von einer „*linkoliberalen bis linksextremistischen Hegemonie*“ bestimmt, was die Wissenschaft zur „*Hure der Politik*“ machen würde.<sup>10</sup> Postkolonialismus beschreibt die Partei nicht als wissenschaftlich legitimierten Ansatz, sondern als politisch motiviertes Projekt, das sich gegen das europäische kulturelle Erbe richtet und zur „*Zerstörung der Europäischen Identität*“ beiträgt. Dementsprechend wird gefordert, postkoloniale Ansätze an Universitäten zurückzudrängen.<sup>11</sup>

Auch die staatliche Förderung von Gender Studies soll nach Ansicht der AfD Sachsen-Anhalt beendet werden; Hochschulen sollen zur Einschränkung entsprechender Angebote ermutigt werden. Die AfD begründet dies mit dem Vorwurf, dass hier „*unter dem Deckmantel der Wissenschaft Politik betrieben*“ würde. Daraus entstehe ein „*gefährlicher Legitimationszirkel*“, der zwar „*eine scheinbar wissenschaftliche Faktenbasis*“ erzeuge, „*aber recht besehen nichts anderes als eine substanzlose politische Selbst-ermächtigung*“ sei.<sup>12</sup>

„Seit Jahrzehnten ist der tertiäre Bildungssektor in Deutschland kein Ort des freien und wissenschaftlichen Meinungs- und Faktenaustausches mehr. Insbesondere in den für das menschliche Zusammenleben doch so relevanten Bereichen der Geistes- und Sozialwissenschaften herrscht eine linkliberale bis linksextremistische Hegemonie, welche alles verteufelt und angreift, was nicht in ihr links-wokes Weltbild passt. [...] Man könnte fast meinen, dass es so manchem Politiker ganz recht ist, dass die Forschungsergebnisse der Geistes- und Sozialwissenschaften, welche dieses linke Milieu an den Universitäten produziert, perfekt dazu geeignet sind, linker Politik den Hauch der wissenschaftlich fundierten Vernunftspolitik zu geben. Noch einmal ohne Beschönigung: Selten war die Wissenschaft in diesen Fächern so sehr Hure der Politik, wie sie es jetzt ist.“ – Christian Mertens (AfD), Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/67 (11.06.2024), S. 122f

„Natürlich leugnen wir nicht den Klimawandel. Den gab es schon immer. Selbstverständlich! Woran wir Zweifel haben, ist der von den Menschen gemachte Klimawandel. [...] Wir werben für Vernunft, für Naturwissenschaft, für Machbarkeit, für Ideologiefreiheit - darum geht es uns.“ – Jan Scharfenort (AfD), Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/34 (26.01.2023), S. 59

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

---



**Einordnung:** Die gezielte Schwächung einzelner unliebsamer Fächer und Forschungsansätze würde einen erheblichen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie bedeuten. Betroffen wären insbesondere die beschriebenen Fachdisziplinen. Praktisch könnten sich die Kürzungen bei Stellen, Professuren, Studiengängen und Forschungsförderung niederschlagen. Langfristig würde dies die Arbeits- und Entwicklungsfähigkeit der betroffenen Bereiche elementar gefährden.

Bemerkenswert ist zudem, dass die AfD Sachsen-Anhalt den Rückbau bestehender Forschungsfelder mit dem Aufbau eigener, inhaltlich klar ausgerichteter Gegenstrukturen verbinden will, etwa durch Institute für „kritische Islamforschung“ oder „Klimapolitikfolgen“. Darin zeigt sich weniger ein allgemeines Plädoyer für die Entpolitisierung von Wissenschaft als vielmehr der Anspruch, das eigene Weltbild in Förderstrukturen zu gießen und dadurch vermeintlich wissenschaftlich zu legitimieren.

Es ist grundsätzlich nicht zu beanstanden, wenn eine Landesregierung bestimmte gesellschaftliche Interessen oder Bedarfe über Anreize befördern will – Hochschulen können sich dann zum Beispiel im Rahmen eines Programms um zusätzliche Finanzen bewerben, um bestimmte Themen oder Herausforderungen zu bearbeiten. Aber die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der wissenschaftlichen Arbeit fällt dann unter die Wissenschaftsfreiheit. Das Verbieten oder Vorschreiben von Forschungsinhalten durch die Politik überschreitet hier eine Grenze.

Eine solche Einflussnahme auf Forschungsschwerpunkte, Lehrangebote und Mittelverteilung würde unter dem Feigenblatt der „Ideologiefreiheit“ erheblich die Wissenschaftsfreiheit eingrenzen und in die Ergebnisoffenheit wissenschaftlicher Arbeit eingreifen. Gefördert würden vor allem diejenigen Ansätze, die politisch erwünscht sind; unter Druck gerieten jene, die von der AfD als „ideologisch“ markiert werden.

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

---

### 2.4 Sonderweg anachronistischer statt international anschlussfähiger Abschlüsse

**Zielvorstellung der AfD:** Die AfD Sachsen-Anhalt strebt eine grundlegende Abkehr von den im Zuge des Bologna-Prozesses etablierten Studienstrukturen und der europäischen Harmonisierung von Abschlüssen an. Sie plädiert für eine Rückkehr zu national geprägten, traditionellen Abschlussformen wie Diplom und Magister und bildet damit vermutlich auch im europäischen Vergleich eine Ausnahme unter rechtspopulistischen Parteien. Der Bologna-Prozess wird dabei als „Irrsinn“ bewertet, weil er aus Sicht der Partei zu einem „verschulten BA-/MA-System“, wachsender Bürokratie, zu einer Absenkung des Niveaus und zu einem Verlust wissenschaftlicher Freiheit geführt habe.

Dem setzt die Partei das Leitbild eines stärker national geprägten Hochschulsystems entgegen. Die Rückkehr zu Diplom und Magister solle nach ihrer Vorstellung zunächst in Sachsen-Anhalt und perspektivisch bundesweit erfolgen, um die aus ihrer Sicht verloren gegangene Einzigartigkeit deutscher Hochschulen wiederherzustellen. Aus Sicht der AfD ist derzeit die Autonomie deutscher Hochschulen eingeschränkt durch europäische Vereinheitlichung, Akkreditierung, Zielvereinbarungen und weitere Instrumente externer Qualitätssicherung und Steuerung.<sup>13</sup>

Generell hat die AfD Sachsen-Anhalt eine ambivalente Haltung zur Internationalität der Wissenschaft. Einerseits betont sie, „*Studenten aus aller Welt kommen nur dann nach Deutschland, wenn es hier etwas zu lernen und zu erfahren gibt, was es sonst nirgendwo gibt*“.<sup>14</sup> Andererseits zeigen parlamentarische Initiativen der AfD Interesse an einer stärkeren Kontrolle internationaler Studierender und an Informationen über Abschiebemöglichkeiten.<sup>15</sup>

*„Der sogenannte Bologna-Prozess, also die Einführung von BA/MA-Studienabschlüssen nach angelsächsischem Modell und die europaweite Angleichung der Universitätssysteme bleibt ein wissenschaftspolitischer Irrsinn. Die deutsche Universität hat alles aufgegeben, was ihre Stärke ausgemacht hat. Die Universitäten müssen, gerade um international attraktiv zu sein, original und authentisch sein. Studenten aus aller Welt kommen nur dann nach Deutschland, wenn es hier etwas zu lernen und zu erfahren gibt, was es sonst nirgendwo gibt. Deshalb werden wir den Bologna-Prozess rückabwickeln.“ - AfD Sachsen-Anhalt, Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2026, V. Wissenschaft, Abs. 2 „Bologna-Prozess rückabwickeln!“*

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

---



**Einordnung:** Die AfD möchte offenkundig nicht nur die Abschlussbezeichnung anpassen, also den Master lediglich zum „Diplom“ oder „Magister“ umetikettieren (für den Bachelor gäbe es mit dem Bakkalaureat auch einen historischen Vorläufer), sondern eine vollumfängliche Rückabwicklung des Bologna-Prozesses erreichen.

Das hätte weitreichende Folgen. Der Bologna-Prozess steht eben nicht nur für die Umstellung von einem einstufigen auf ein zweistufiges Studiensystem, er hat mehr verändert als nur die Abschlussbezeichnungen: Er hat auch ein Umdenken initiiert und zu kulturellen Veränderungen in zentralen Bereichen der deutschen Universitätstradition geführt.

Darunter fallen:

- Die Aufwertung der Lehre: Wo in der traditionellen akademischen Welt Lehrende und Forschende als natürliche Referenzpunkte galten, sind nun im Studium bewusst die Lernenden ins Zentrum der Überlegungen getreten. Die Standardwährung der ECTS-Punkte etwa richtet sich nach dem Zeitaufwand der Studierenden (mit Vor- und Nachbereitung), nicht wie Semesterwochenstunden nach dem Lehraufwand der Professor\*innen.
- Die Orientierung an Bedürfnissen der Studierenden statt angebotsorientierter Lehre: Es werden klare Lern-/Kompetenzziele definiert, statt wie früher Lehrinhalte eher aus persönlichen Vorlieben der Ordinarien abzuleiten.
- Ein didaktischer Paradigmenwechsel: Es geht in der Lehre nicht mehr nur um reine Wissens-, sondern auch um Kompetenzvermittlung.
- Die Verdeutlichung größerer Zusammenhänge: die Zusammenfassung kleinerer Studienbausteine zu Modulen sorgt für eine stärkere Verknüpfung der Inhalte.
- Die Praxisnähe bzw. Betonung von Anwendungsorientierung: statt mindestens implizit in erster Linie auf eine klassische Wissenschaftskarriere bereiten Studiengänge nun ganz explizit auch auf den nichthochschulischen Arbeitsmarkt vor.

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

---



Eine Rückkehr zu Diplom und Magister würde Hochschulen zurückwerfen in die anachronistische Hochschulwelt der Vor-Bologna-Zeit. Eine Verklärung der Situation von vor der Umsetzung der Bologna-Reform, wie die AfD sie betreibt, ignoriert die damalige Lage, die von enormen Unzulänglichkeiten geprägt war. Nicht zuletzt gab es eine recht geringe Mobilität und erhebliche Probleme bei der Anerkennung von Leistungen, die im Ausland oder an einer anderen Hochschule erbracht wurden.

Eine Schwächung der Anschlussfähigkeit und Vergleichbarkeit deutscher Studienabschlüsse im europäischen Hochschulraum würde die Mobilität in beide Richtungen behindern und die nationale und internationale Attraktivität der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt erheblich beeinträchtigen. Die von der AfD angestrebte Rückkehr zu traditionellen Abschlussformen wäre damit eine bewusste Distanzierung von einem Hochschulmodell, das auf Studierenden-, Kompetenz- und Praxisorientierung setzt und auf Internationalität, Mobilität und Durchlässigkeit angelegt ist. Bei der AfD zeigt sich ein Hochschulverständnis, das von einer stärker national, traditionell und exklusiv verstandenen Wissenschaftsordnung geprägt ist.

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

---

### 2.5 Politisch definierte „Meinungspluralität“ statt wissenschaftlicher Qualitätsstandards

**Zielvorstellung der AfD:** Die AfD Sachsen-Anhalt fordert unter den Leitbegriffen „*Meinungsfreiheit*“, „*akademische Freiheit*“ und „*Meinungspluralismus*“ einen besonderen Schutz für „*kontroverse*“, „*unpopuläre*“ oder vermeintlich „*politisch inkorrekte*“ Positionen. Hochschulen sollen ihrer Auffassung nach Regelungen treffen, die sicherstellen, dass Kandidat\*innen, die entsprechende Positionen vertreten, „*bei Besetzungsverfahren jeglicher Art keinerlei Nachteile erleiden*“. Darüber hinaus solle ausgeschlossen werden, dass Studierende wegen „*politisch inkorrekten Verhaltens*“ exmatrikuliert oder Betreuungsverhältnisse in Promotion und Habilitation aus politischen Gründen einseitig beendet werden.<sup>16</sup>

Damit verbindet die AfD den Anspruch, im Hochschulkontext bestimmte Positionen, auch wenn sie diametral zum wissenschaftlichen Konsens stehen, ausdrücklich gegen Sanktionierung oder institutionelle Nachteile abzusichern. Dadurch verschwimmt die Grenze zwischen wissenschaftlichem Anspruch und weltanschaulicher Positionierung.

*„Wer als Student sogenannte kontroverse oder möglicherweise umstrittene Ideen, Meinungen oder eigentlich auch wissenschaftliche Erkenntnisse vertritt, wird in der Regel mundtot gemacht. Wenn man ganz viel Glück hat, gibt es erst einmal eine sehr unfreundliche Ansprache. In der Regel gibt es im zweiten Schritt - das braucht man nicht zu beschönigen - oft genug auch ein paar aufs Maul. Ähnliches ist auf Vertreter der Dozentenschaft zu übertragen. Dort findet zwar in der Regel kein direkter körperlicher Angriff statt, doch man unterliegt zunehmend der Gefahr, Lehraufträge und finanzielle Zuschüsse zu verlieren, zudem Boykott und gesellschaftliche Ächtung ertragen zu müssen. Derweil unternehmen dann auch die meisten Doktoren und Professoren nichts, um sich diesem seit Jahrzehnten andauernden Trend entgegenzustellen. Oft ist eher das Gegenteil der Fall. Dies ist allerdings nicht verwunderlich, muss doch jeder, der eine auch nur leicht abweichende Meinung äußert, mit schlimmsten Verleumdungen, Aufstiegssperren, Nichtbewilligung von Forschungsgeldern sowie körperlichen Angriffen auf sich und sein Eigentum rechnen.“ - Christian Mertens (AfD), Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/67 (11.06.2024), S. 122f*

## 2. Wesentliche hochschulpolitische Positionen

---



**Einordnung:** Der Schutz vor politischer Diskriminierung gehört grundsätzlich zu den Voraussetzungen offener wissenschaftlicher Debatten. Problematisch an der Forderung der AfD ist jedoch, dass sie unter dem Schlagwort des Meinungspluralismus bestimmte Auffassungen als legitime wissenschaftliche Position kennzeichnet, auch wenn diese die dafür nötigen wissenschaftlichen Qualitätsanforderungen und Standards nicht erfüllen.

§ 4 Abs. 5 des Hochschulgesetzes Sachsen-Anhalt verpflichtet die Hochschulen zu den Grundsätzen guter wissenschaftlicher Praxis. Hochschulen sind damit nicht nur Orte der Wissenschaftsfreiheit, sondern zugleich an wissenschaftliche Standards wie methodische Nachvollziehbarkeit, fachliche Kritikfähigkeit und Evidenzorientierung gebunden.<sup>17</sup> Die Zurückweisung unwissenschaftlicher Positionen ist keine unzulässige Benachteiligung unpopulärer Meinungen, sondern Ausdruck qualitätssichernder Selbstreinigungskraft.

Eine Aufwertung wissenschaftlich nicht belastbarer Positionen aufgrund eines politisch verstandenen Meinungspluralismus berührt die Wissenschaft in ihrem institutionellen Kern. Akteur\*innen in Hochschulen und Wissenschaft haben das Recht auch auf eine unpopuläre Meinung – nicht selten entstehen Aufbrüche, Innovationen und Entdeckungen durch Forscher\*innen, die es wagen, einen bestehenden Konsens in Frage zu stellen. Dabei bleibt jedoch die Bindung an wissenschaftliche Qualitätsstandards bestehen. Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit umfassen nicht das Recht, alternative Fakten als wissenschaftlich fundiert zertifiziert zu bekommen oder Falschaussagen unwidersprochen verbreiten zu können.

Insgesamt zeigt sich hier ein zentraler Widerspruch: Die AfD beklagt einerseits eine angebliche Politisierung der Wissenschaft, beansprucht mit ihren Forderungen jedoch selbst die Definitionsmacht darüber, welche Positionen legitimiert, finanziert, besonders geschützt oder sichtbar gemacht werden sollen. Sie verteidigt damit nicht Pluralismus, sondern öffnet den Raum für eine Wissenschaft, in der politische Steuerung wissenschaftliche Standards aushebeln kann und in der ein Forschungsergebnis mit einer nicht-wissenschaftlich begründeten Meinung gleichgesetzt wird.



# 3. Ergebnis und Zusammenfassung

---

Die in diesem CHECK ausgewerteten Dokumente und Aussagen erlauben eine belastbare Einschätzung dazu, welche hochschulpolitischen Zielvorstellungen der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt hat und welche Folgen ihre Umsetzung für die Hochschulen des Landes haben könnte.

## Gefährdete Grundlagen

Die politische Mitte Deutschlands orientiert sich bislang in der Hochschulpolitik an folgenden Grundüberzeugungen:

- Internationaler Austausch ist konstitutiv für die Wissenschaft und gut für das Land.
- Autonome Hochschulen sind besser als im Detail staatlich gesteuerte in der Lage, auf Möglichkeiten und gesellschaftliche Bedarfe zu reagieren und dauerhaft gute Ergebnisse zu erzielen.
- Partizipation und konstruktives Zusammenspiel komplementärer Organe führen zu höherer Akzeptanz von Entscheidungen und verbessern die Güte von Ergebnissen.
- Innovation und Agilität tragen zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Wohlstand Deutschlands bei.

- Gute Wissenschaft erkennt man daran, dass sie methodische Qualitätsstandards wie Ergebnisoffenheit, Nachprüfbarkeit etc. einhält.
- Demokratie setzt Informiertheit und Sachorientierung voraus; politische Entscheidungen sollten sich an Evidenz orientieren.

## Alternatives Zielbild der AfD

Die AfD bricht mit diesen Grundüberzeugungen. Die wiederholt beschworene „Rückkehr zur alten deutschen Ordinarien-Universität“ steht bei der AfD für einen alternativen Ansatz, der – unter Bezugnahme auf eine verklärte Vergangenheit „vor 1968“ stärker selektiv, hierarchisch, professoral und ideologisch und weniger innovativ, international, wettbewerbsorientiert, partizipativ und qualitätsgesichert angelegt ist.

# 3. Ergebnis und Zusammenfassung

---

## **Drohende Umsetzung**

Im Falle einer Alleinregierung würde die AfD Sachsen-Anhalt über politische Gestaltungsmacht verfügen, die oben beschriebenen Zielvorstellungen Realität werden zu lassen. Das Hochschulgesetz des Landes, Verordnungen und Finanzierungssysteme wären mit einfacher Mehrheit gestaltbar – auch wenn diese Veränderungen ggf. im Nachgang verfassungsgerichtlich geprüft würden.

## **Fatale Folgen**

Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit sind zentrale Funktionsbedingungen eines leistungsfähigen Wissenschaftssystems. Sie stellen sicher, dass wissenschaftliche Qualität nach fachlichen Maßstäben beurteilt, strategische Entscheidungen in einem verlässlichen institutionellen Rahmen getroffen und unterschiedliche Perspektiven in geordneten Verfahren berücksichtigt werden können. Wo diese Voraussetzungen in Frage gestellt und geschwächt werden, verändern sich nicht nur Entscheidungswege, sondern auch die Fähigkeit von Hochschulen, strategisch, zukunftsorientiert, plural und wissenschaftsgeleitet zu handeln.

Die geplante Rückkehr zur Ordinarien-Universität würde die Hochschulen nicht zu ihrer besagten alten Größe zurückführen, sondern wissenschaftliche Karrieren unattraktiver machen, die Studienbedingungen verschlechtern und die Abwanderung qualifizierter Forschender begünstigen.

## 4. Welche praktischen Folgen hätte das für...

---

Geringere Mitwirkungsmöglichkeiten  
bei Entscheidungen

Geringere Kompetenz- und  
Praxisorientierung in der Lehre

Erschwerte Mobilität, Anschlussfähigkeit  
und Anerkennung von Studienleistungen

Weniger Wahlmöglichkeiten, mögliche  
Einschränkung der fachlichen Breite von  
Studienangeboten



**Studierende?**

## 4. Welche praktischen Folgen hätte das für...

Schwächung wissenschaftlicher  
Qualitätsmaßstäbe

Unattraktive Bedingungen für junge  
Forschende, starkes Machtgefälle  
zugunsten weniger Forschender

Erschwerte internationale  
Kooperationen

Stärkere politische Rahmung von Forschung und  
Lehre; politische Erwünschtheit wirkt stark in  
Mittelverteilung und Strukturentscheidungen hinein

Geringere Freiheit, eigene  
Forschungsschwerpunkte nach  
wissenschaftlichen Kriterien zu setzen;  
für einzelne Forschende Beendigung  
ihrer Forschung



**Forschende und Lehrende?**

## 4. Welche praktischen Folgen hätte das für...

---

Einschränkung der internen strategischen Steuerungsfähigkeit; drohende interne Dominanz der Professor\*innen ohne Korrektiv

Steigender Druck durch Rückgang von Studierendenzahlen durch Abkehr von Bologna sowie mangelnder nationaler und internationaler Anschlussfähigkeit

Weniger autonome Hochschulsteuerung durch mehr politischen Einfluss bei Curricula, Hochschulentwicklung, Profilbildung und Ressourcenverteilung

Höheres Konfliktpotenzial bei der Verteidigung wissenschaftlicher Standards



**Hochschulleitungen?**

# 5. Schlussfolgerungen und Ausblick

---

Der vorliegende CHECK zeigt, dass die AfD in Sachsen-Anhalt eine grundlegend veränderte Hochschullandschaft anstrebt, sogar mit radikalen Einschnitten in die Wissenschaftsfreiheit und die Hochschulautonomie. Die wissenschaftspolitische Relevanz des Falls Sachsen-Anhalt ergibt sich dabei aus der realen Möglichkeit politischer Gestaltungsmacht. Mögliche Schlussfolgerungen sind aber auch bundesweit von Interesse.

## Handlungsbedarf

Diese Aussicht auf drohende veränderte politische Rahmenbedingungen wirft für Hochschulen bundesweit die Frage auf, wie vulnerabel ihre Verfahren, Entscheidungsstrukturen und Kooperationsformen sind. Die Auseinandersetzung mit den Positionen der AfD in Sachsen-Anhalt gibt Anlass, über die Resilienz des Hochschulsystems nachzudenken.

Hochschulleitungen und wissenschaftspolitische Akteur\*innen sollten sich darüber verständigen, welche elementaren Leitplanken für Wissenschaftsfreiheit, Hochschulautonomie und Selbststeuerung sowie gute wissenschaftliche Praxis auch unter veränderten politischen Bedingungen tragfähig bleiben müssen.

Die Frage lautet: Welche institutionellen Voraussetzungen stellen sicher, dass Hochschulen auch künftig wissenschaftsgeleitet, international vernetzt, partizipativ, plural, handlungsfähig und innovativ bleiben?

In den vergangenen Jahren sind wiederholt Überlegungen dazu vorgelegt worden, wie Wissenschaftssysteme gegenüber politischem Druck resilienter werden können. Die vorliegende Analyse spricht dafür, diese Debatten nicht nur weiterzuführen, sondern stärker in praktische Vorsorge zu übersetzen.

# 5. Schlussfolgerungen und Ausblick

---

## Ziel: resiliente Hochschulen

Die Resilienz der deutschen Hochschulen muss jetzt gestärkt werden, damit sie handlungsfähig bleiben. Es drängt die Zeit, tragfähige Lösungen und belastbare Verfahren umzusetzen. Aus Sicht des CHE stehen kurzfristig folgende Vorgehensweisen im Fokus:

- Hochschulen sollten auch mögliche politische Entwicklungen bei ihrem Risikomanagement berücksichtigen. Sie sollten **potenzielle Angriffspunkte identifizieren**, um gewappnet zu sein und nicht in eine Schockstarre zu verfallen. Landesrektorenkonferenzen (LRK), die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und weitere Wissenschaftsorganisationen sind hier bereits aktiv.
- Hochschulen sollten sich **juristisch auf mögliche Eventualitäten und Szenarien** vorbereiten. Die Erfahrungen der politischen Angriffe auf US-amerikanische Hochschulen zeigen, dass manche der von der Trump-Administration in die Wege geleiteten drastischen Änderungen vor Gericht keinen Bestand hatten. Gerade mit der grundgesetzlich verankerten Wissenschaftsfreiheit existiert für deutsche Hochschulen ein bedeutsamer Bezugspunkt.
- Hochschulen dürfen und können **Position beziehen**, wenn grundlegende demokratische Werte angezweifelt und die Freiheit, Selbstorganisation und Qualitätsmaßstäbe der Wissenschaft bedroht werden.
- Hochschulen sollten bei politischem Druck **geschlossen auftreten und abgestimmt agieren**, und zwar innerhalb des Landes über die LRK wie bundesweit über die HRK.
- **Gute Wissenschaftskommunikation** trägt zu gesellschaftlichem Rückhalt bei; sie stärkt die Legitimation einer Hochschule und verdeutlicht den konkreten Nutzen der Einrichtung für den jeweiligen Standort und die Gesellschaft als Ganzes.
- Hochschulen sollten sich darauf vorbereiten, bei Bedarf nach Rückhalt **eine breitere Öffentlichkeit zu mobilisieren**. Vorhandene regionale Vernetzungen etwa über Hochschulräte (auch Kuratorien o. ä. genannt), Kommunen und Unternehmen bieten dafür eine gute Grundlage.
- Länderübergreifend gibt es bereits Überlegungen, **kooperative Strukturen** wie gemeinsame Bund-Länder-Programme und **übergreifende Zusammenarbeit** etwa im Rahmen der GWK resilienter aufzustellen. Eine diskutierte Möglichkeit ist die Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips.

# Weiterführende Informationen

---



Hochschuldaten für  
Sachsen-Anhalt



[www.resiliente-hochschulen.de](http://www.resiliente-hochschulen.de)



Wissenschaft in den USA  
unter Donald Trump



Good practices,  
Forschungsergebnisse  
und Positionspapiere  
für resiliente Hochschulen



# Über das CHE

---

Das **CHE Centrum für Hochschulentwicklung** ist ein gemeinnütziger und politisch unabhängiger Think Tank für die Hochschullandschaft mit mehr als 30 Jahren Erfahrung. Auf dieser Basis ist es ein etablierter Ansprechpartner und ein gefragter Berater für Entscheidungsträger\*innen in Hochschulen, öffentlicher Verwaltung und Politik.

Das CHE unterstützt Hochschulen und Politik dabei, die aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche zu verstehen, ihre Tragweite zu erkennen und adäquate Lösungen zu entwickeln, um die Zukunft positiv zu gestalten.

Parteilpolitische Unabhängigkeit ist für das CHE Voraussetzung seiner Arbeit. Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie sind jedoch nicht verhandelbar. Wo sie unter Druck geraten, bezieht das CHE klar Position und setzt sich für den Schutz des Hochschulsystems vor politischer Einflussnahme ein.

# Impressum

---

## **CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung**

Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh

### **Autor\*innen:**

Ulrich Müller | [ulrich.mueller@che.de](mailto:ulrich.mueller@che.de)  
Sara Carina Richau | [sara.richau@che.de](mailto:sara.richau@che.de)  
Damian Wollai  
Carolina Kaube  
Klara Meyer-Wehrmann

Stand: April 2026

Alle Visualisierungen dieser Publikation sind mit ChatGPT 5.0 erstellt und/oder von Canva.

ISBN 978-3-911128-32-2

# Quellen

---

1. Vgl. INSA: Wahlumfrage vom 25.03.2026 zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm> (zuletzt abgerufen am 31.03.2026).
2. AfD Landesverband Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt (April 2026). Magdeburg, Kapitel V. <https://afd-regierungsprogramm.de/> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
3. Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/88 (13.05.2025), S. 215. <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp8/088stzg.pdf>, (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
4. Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/88 (13.05.2025), S. 215. <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp8/088stzg.pdf>, (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
5. Vgl. AfD Landesverband Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt (April 2026). Magdeburg, Kapitel V.6. <https://afd-regierungsprogramm.de/> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
6. Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/88 (13.05.2025), S. 215. <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp8/088stzg.pdf>, (zuletzt abgerufen am 30.03.2026).
7. Vgl. AfD Landesverband Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt (April 2026). Magdeburg, Kapitel V.6. <https://afd-regierungsprogramm.de/> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
8. Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/88 (13.05.2025), S. 215. <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp8/088stzg.pdf>, (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
9. Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/25 (07.09.2022), S. 172. <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp8/025stzg.pdf> (zuletzt abgerufen am 30.03.2026).
10. Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Stenografischer Bericht 8/67 (11.06.2024), S. 122-123. <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp8/067stzg.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
11. Vgl. AfD Landesverband Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt (April 2026). Magdeburg, Kapitel V.8. <https://afd-regierungsprogramm.de/> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
12. Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Drs. 8/5572, Wissenschaft statt Manipulation - Genderpolitik an Hochschulen einstellen! (04.06.2025), S.2. <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d5572aan.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
13. Vgl. AfD Landesverband Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt (April 2026). Magdeburg, Kapitel V, V.2. <https://afd-regierungsprogramm.de/> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
14. Vgl. AfD Landesverband Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt (April 2026). Magdeburg, Kapitel V, V.2. <https://afd-regierungsprogramm.de/> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
15. Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt: Drs. 8/5711, Abschiebungen von ausländischen Studenten in Sachsen-Anhalt (11.07.2025). <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d5711aak.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
16. Vgl. Fraktion AfD Sachsen-Anhalt: Drs. 8/4243, Meinungsfreiheit verteidigen! Akademische Freiheit und Meinungspluralismus statt „Cancel Culture“, Wokeismus und Politischer Korrektheit an den Hochschulen Sachsens-Anhalts! (04.06.2024). <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d4243aan.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.04.2026).
17. Vgl. Sachsen-Anhalt. (2023). Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (HSG LSA). Landesrecht Sachsen-Anhalt. [https://mwu.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MWU/Wissenschaft/Hochschulen/230213\\_Hochschulgesetz\\_Digital.pdf](https://mwu.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MWU/Wissenschaft/Hochschulen/230213_Hochschulgesetz_Digital.pdf) (13.04.26).